



Zwei Seiten einer Medaille

Sozialabbau im Inneren und Militarisierung nach außen

Lutz Brangsch

Zuerst eine notwendige Vorbemerkung. Bei den folgenden Gedanken gehe ich nicht davon aus, dass eine unmittelbare, quasi automatische Linearität zwischen der in den letzten Jahren zu beobachtenden neuen Qualität der Militarisierung der internationalen Beziehungen und der Aufkündigung des nach dem Zweiten Weltkrieg begründeten sozialstaatlichen Kompromisses bestünde. Worum es im Folgenden gehen soll, ist zu verstehen, welche Interessen in der Gesellschaft ein Zusammenfallen und schließlich ein Zusammenwirken beider Tendenzen nach sich ziehen.

Wie stellte sich in früheren Zeiten diese Wechselwirkung dar? Clara Zetkin beschrieb sie im Jahr 1922 folgendermaßen: »Die Zuspitzung des Klassengegensatzes zwischen einer ausbeutenden Minderheit und der ausgebeuteten ungeheuren Mehrzahl muß zu vermehrten Rüstungen führen. Sie diktiert der Bourgeoisie die Losung: Größte Kriegsbereitschaft gegen den inneren Feind! [...] Doch die Verschärfung des Klassengegensatzes zwischen den beiden Nationen, die nach Disraeli innerhalb jedes Staates vorhanden sind, wird auch vermehrte Rüstungen und Kriegsgefahr nach außen zur Folge haben. Sie stachelt das Drängen der Bourgeoisie der einzelnen Länder nach imperialistischer Ausdehnung an. National herausgeputzte

kapitalistische Ausbeutungs- und Herrschaftsgewalt über fremde Gebiete und Völker soll [...] den proletarischen Klassenkampf in der Heimat abstumpfen.«¹

Was hat sich nun aber in den letzten Jahren verändert? Bei meinem Antwortversuch möchte ich von der Bewegung von Wirtschaft und Sozialem in den letzten zwei Jahrzehnten ausgehen. Mit dem Zusammenbruch des realsozialistischen Weltsystems auf der einen und den Veränderungen in der Produktionssphäre in den entwickelten Ländern auf der anderen Seite haben sich die Möglichkeiten, soziale, wirtschaftliche und politische Konflikte innerhalb wie zwischen Staaten bzw. Regionen zu gestalten und zu lösen, verändert und aus der Sicht der herrschenden Eliten erweitert.

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung etwa in China und Indien und mit der Etablierung sehr differenzierter, im Kern aber kapitalistischer Herrschaftsstrukturen in den meisten Ländern der so genannten Dritten Welt entstehen gleichzeitig neue Konkurrenten in Wirtschaft und Politik, die selber von tiefen sozialen Konflikten betroffen sind. Dabei musste »der

Westen« lernen, dass Kapitalexport und Export der eigenen politischen Strukturen nicht automatisch Stabilität hervorbringen.

1. Verschärfung der Widersprüche

Innerhalb der Länder »des Nordens« scheinen sich die Spielräume für die Lösung sozialer Probleme und Konflikte verengt zu haben. Die Gewerkschaften konnten nicht rechtzeitig passende Antworten auf die Veränderungen der mit dem technologischen Fortschritt verbundenen Veränderungen von Machtverhältnissen und Interessenkonstellationen in den Unternehmen finden und sind in wachsendem Maße geschwächt. Für Deutschland kommt verschärfend hinzu, dass sie sich selbst immer noch weitgehend in das traditionelle Machtspiel zwischen SPD und Union eingebunden und diesem Gleichgewicht verpflichtet fühlen, was vor dem Hintergrund der Neoliberalisierung der sozialdemokratischen Konzepte zunehmend krisenhafte Momente in dieses Verhältnis bringt. Bedeutet nun die Aufkündigung des sozialstaatlichen Kompromisses an sich schon eine Zuspitzung von Widersprüchen, so werden diese durch die Schwächung von diesen Kompromiss vermittelnden Institutionen (wie eben der Gewerkschaften) weiter verschärft.

Diese Verschärfung wird billigend in Kauf genommen. Dies illustrierte bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre der Zukunftsbericht der Freistaatenkommission Bayern/Sachsen. Bezugnehmend auf die sozialen Folgen der von den AutorInnen des Berichtes befürworteten »defensiven Niedriglohnstrategie« heißt es dort: »Diese insgesamt positiven Wirkungen gehen jedoch einher mit wachsender materieller und immaterieller Ungleichheit. Wird das durch die Sozialhilfe definierte Existenzminimum spürbar gesenkt, verändern sich die Erscheinungsformen von Armut. In den Städten können Armenviertel entstehen, der Gesundheitszustand und die Lebenserwartung von Bevölkerungsgruppen können sinken, die Kriminalität kann steigen. Auch hier sind die Erfahrungen, die in den USA und anderen Ländern gesammelt werden können, recht eindeutig. [...]

Die Nachteile der defensiven Niedriglohnstrategie sind damit offenkundig. Dennoch muss auch sie verfolgt werden, solange die Strategie der Erneuerung hin zur unternehmerischen Wissensgesellschaft noch nicht hinreichend wirksam geworden ist. Bis dahin müssen sich die Politik, aber auch die Gesellschaft insgesamt auf schmalen Grat bewegen. Einerseits darf die soziale Ungleichheit nicht die gesellschaftliche Stabilität gefährden. Andererseits darf der notwendige und wünschenswerte Wandel der Gesell-

schaft nicht behindert werden. Wenn sich dadurch die Einkommenssituation von Bevölkerungsteilen verschlechtert, ist dies die Folge der bislang unzulänglichen Anpassung der Wirtschaft, vor allem aber der Gesellschaft an die wissens- und kapitalintensive Produktionsweise unter Bedingungen der Globalisierung. Diese Anpassung ist unvermeidlich, um auch künftig breiteste Bevölkerungsschichten an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung teilhaben zu lassen.«²

2. Neue Strategien der Macht

Für die USA beschreibt Frances Fox Piven die Wechselwirkung von Militarisierung und militärischen Aktionen nach außen auf der einen und Abbau (einschl. Privatisierung) sozialer Sicherungssysteme im Innern auf der anderen Seite als neue Strategie der Machtausübung.³ Sie hebt dabei die ideologische Funktion der militärischen Aktionen im Ausland und des »Krieges gegen den Terror« im Inland als Vernebelungstaktik für Sozialabbau hervor: Man widerspricht in Zeiten des Krieges dem Präsidenten nicht, auch wenn soziale Leistungen gestrichen und im Gegenzug Steuern für die Reichen gekürzt werden.⁴ Piven verweist darauf, dass im Unterschied zu anderen Perioden der Kriegsführung, in denen nach gewisser Zeit immer soziale Leistungen ausgebaut wurden, um Loyalität zu sichern, dies heute in den USA nicht der Fall ist.⁵

In diesen Sichtweisen auf Gesellschaft manifestiert sich ein Bruch im Verständnis von Machtausübung, in der Art und Weise des Zusammenwirkens von Repression, Kompromiss und Inkorporation in der politischen Kultur. Die gewachsene Akzeptanz von Gewalt als Mittel der Konfliktbewältigung bei den Eliten der ersten, zweiten und dritten Welt gleichermaßen ermöglicht eine neue Form der Integration von früher dem Militär zugewiesenen Funktionen in die Gesellschaft.

Dabei ist aber weiter zu berücksichtigen, dass nicht mehr das Militär des 20. Jahrhunderts als Massenheer mit direkt-konfrontativer Orientierung Bezugspunkt militärisch geprägter Konfliktlösungsstrategien ist, sondern die Weiterentwicklung der gezielten Kombination von verschiedenen Komponenten von Repression und Integration. Die Ausdifferenzierung der Instrumente, wie sie in den Containment-Strategien zur Zurückdrängung des Kommunismus nach dem Zweiten Weltkrieg und in diesem Kontext etwa bei der Hallstein-Doktrin bereits eingesetzt wurden, bietet viel mehr an Berührungsfächen zwischen der Politik im Innern und der Außenpolitik wie auch der Sozial- und der Sicherheitspolitik als in der Vergangenheit. Private Sicherheitsdienste, neue Qualitäten geheimdienstlicher und polizeilicher Aktivitäten, die neuen

Konzepte der Kriegsführung (offensichtlich geworden im »Krieg gegen den Terror«) bilden in ihrer Resultante offensichtlich einen »neuen Militarismus«, ein neues Sicherheitsverständnis, das sich in neuen normativen Anforderungen an das Verhalten von BürgerInnen in allen Lebensbereichen niederschlägt.

Diese BürgerInnen haben sich aber ebenfalls verändert – die neuen Anforderungen in der Arbeitswelt und neue kulturelle Praxen erfordern neue Wege der Inkorporation und der Repression gleichermaßen. Insofern müssen die Instrumente differenzierter sein, sie müssen den Menschen, zumindest einem Teil der Gesellschaft, selbst bei der Durchsetzung repressiver Modelle sozialer Absicherung, noch Spielräume lassen, die in bestimmten Räumen Selbstverwirklichung und Kreativität abseits gesellschaftlicher Normensetzungen erlauben. Der »rohe« Militarismus der Zeit vor den Weltkriegen und die Bedrohungsszenarien, vermittelt in den Formen des Kalten Krieges, sind nicht mehr tragfähig.

3. Der neue Militarismus

Heute geht es also nicht einfach um den Export von sozialen Konflikten, um die Erschließung neuer Akkumulationsquellen oder die militärische Niederhaltung sozialer Bewegungen. Es geht auch nicht um die einfache Unterordnung der Gesellschaft unter das Militär oder um die Nutzung des Militärs als mögliche Polizeiuunterstützung. Auch wenn dies weiter als Option in Betracht gezogen wird, trifft es nicht den Kern des Problems.

Um einer Antwort näher zu kommen, betrachten wir, was heute als Militarisierung verstanden werden kann. Es dürften unter anderem folgende Momente sein, die die »neue« Militarisierung und die wesentlichen Schnittstellen zu den Veränderungen in der Sozialpolitik ausmachen:

- ▶ Ausschluss von Konsensmomenten aus Entscheidungsprozessen und Negation der individuellen Urteilsfähigkeit – der »außerordentliche Eingriff«, auch unter Verletzung von Recht und Menschenwürde, als Normalfall
- ▶ Akzeptanz physischer Gewalt und physischer Vernichtung als normaler Weg der Konfliktlösung
- ▶ Hierarchisierung von Beziehungen jenseits des bürgerlichen Vertrages, Formierung eines Sonderrechtes in »sicherheitsrelevanten« Bereichen (auch hier wird durch den »Kampf gegen den Terror« eine neue Stufe markiert) und unter diesem Gesichtspunkt eine umfassende Uminterpretation von bürgerlichen Werten
- ▶ Akzeptanz enger Zielkorridore in der Politik, vor allem hinsichtlich der Verteidigung des »Standortes«

- ▶ Standortsicherung als Einheit von Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und globaler Sicherheitspolitik, Globalisierung »nationaler« Interessen
- ▶ Veränderung von Sprache
- ▶ Uniformierung, Reduktion und Unterdrückung von Verschiedenheit
- ▶ Rückkehr zu Berufsheer und SöldnerInnentum auf einer neuen Stufe der Verwissenschaftlichung und Technisierung der Kriegsführung und Gestaltung von Konflikten.

4. Kapitalistischer Gestaltungswille und Uniformierung

Die Vermittlung von Sozialabbau (und vor allem -umbau) und neuer Militarisierung erfolgt im Rahmen eines neuen Modells der Herrschaftsrealisierung vor allem über ein neues Menschenbild und über einen neuen Wertekanon, die Kontrolle und Selbstkontrolle gleichermaßen einschließen. Insofern können die Veränderungen im Sozialen nicht ohne die entsprechenden Veränderungen im Kulturellen verstanden werden. Nach der umfassenden politischen, ideologischen und kulturellen Demontage der Institutionen und Verfahren des klassischen sozialstaatlichen Kompromisses muss die Unbedingtheit und Legitimität der Kapitalherrschaft politisch, ideologisch und kulturell neu verankert werden. Insofern müssen alle Wege der Herrschaftssicherung einer Revision unterzogen und entsprechend der gewachsenen Komplexität von Gesellschaft, aber auch der gewachsenen geschichtlichen Erfahrungen, dem gewachsenen Bildungsstand und der gewachsenen qualitativen Anforderungen im Arbeitsleben für die Mehrheit der Menschen neu strukturiert werden. Der Glaube an die Ewigkeit und Unabänderlichkeit der Grundqualität von Gesellschaft, an die Notwendigkeit, diese Gesellschaft mit ihren Machtstrukturen so und nicht anders zu gestalten, ist nicht anders aufrecht zu erhalten als durch Uniformierung von Weltansicht, die Institutionalisierung dieser Uniformierung und die Angst vor dem Abweichen und den damit verbundenen Sanktionen.

Die in dem Entwurf der EU-Verfassung manifestierte Absolutheit eines kapitalistischen Gesellschaftsmodells (die das Grundgesetz so weitreichend nicht kennt) verleiht diesem Herrschaftsanspruch und den daraus resultierenden Konsequenzen in ihrer ganzen Breite Gestalt. Auch wenn der Verfassungsprozess erst einmal ins Stocken geraten ist, sollte dieser Bezug immer berücksichtigt werden, bildet doch der vorliegende Entwurf wesentliche strategische Gesichtspunkte praktizierter EU-Politik ab. Die Aussagen des Verfassungsentwurfes sind nicht einfach additiv zu verstehen, sondern müssen in der Resultante ihres Wirkens

und im Kontext der in den Mitgliedstaaten bereits abgelaufenen Prozesse, vor allem auch hinsichtlich des Um- und Abbaus sozialer Sicherungssysteme, betrachtet werden. Es ist eben das Zusammenspiel des hier fixierten Glaubens an die Kraft von Markt und Konkurrenz auf der einen und den globalen Gestaltungs- und Interventionsanspruch auf der anderen Seite, das die gesellschaftsstrategische Brisanz der gegenwärtigen Auseinandersetzungen ausmacht.

5. Konkurrenz und Kontrolle statt Solidarität, Selbstbestimmung und Demokratie

Der Rahmen dafür wird auf der nationalen wie auch auf der EU-Ebene als Einheit zweier Ansätze aufge-spannt: Standortsicherung und Gestaltung der Globalisierung. Die Ideologie des sich selbst vermarktenden Menschen, des »Unternehmers der eigenen Arbeitskraft«, des sich bewusst in die Konkurrenz begebenden Individuums wird durch die Vernichtung von solidarischen Ansätzen im Bereich sozialer Sicherung, die Schwächung gewerkschaftlicher Bindungen und die Einschränkungen sozialer und kultureller Infrastruktur mehr und mehr zu einer Realität. Das Band, das die Gesellschaft zusammenhalten soll, ist das Bestehen in der weltweiten Konkurrenz, die Konzentration auf diese Aufgabe. Die Bewertung der Nützlichkeit jeglicher politischer Entscheidungen wird dieser einseitigen Zielbestimmung unterworfen. Das gleiche Kriterium gilt für die Bewertung der Zweckmäßigkeit individueller Entscheidungen. Während die Ideologie und die Entwicklung tragfähiger Überlebensstrategien der Einzelnen entsprechende Selbstkontrolle produzieren, werden durch Institutionen wie Arbeitsagenturen, Jobcenter usw. Instrumente sozialer Kontrolle geschaffen. Gleichzeitig verschwindet zunehmend auch noch der letzte Ansatz demokratischer Regulierung sozialer Sicherung durch die faktische Beseitigung einer eigenständigen Rolle der Selbstverwaltungen. Sie werden gleichfalls der Aufgabe der Kostensenkung und Unterstützung der Standortsicherung unterworfen. Auch hier wird die bereits in der Vergangenheit bestehende Tendenz zur Wirkungslosigkeit dadurch verstärkt, dass selbst die Möglichkeit der Eigenständigkeit zunehmend beseitigt wird. Die Durchdringung der Gesellschaft mit dem »Kontrollgedanken« zieht die Akzeptanz von Sanktionen und damit von, vorerst noch, scheinbar »sanfter« Gewalt nach sich. Dies beginnt mit dem Zwang zu privater Absicherung und der Bedienung der damit verbundenen Verpflichtungen, führt über den Zwang der Annahme ungünstiger Arbeitsangebote bis hin zu Verhaltenskontrollen bei der Inanspruchnahme sozialer Rechte.

Im Arbeitsleben finden sich diese Tendenzen, die hier vor allem als Inkorporation in Unternehmensstrategien erscheinen, auf der Grundlage der Verbetrieblichung der Tarifpolitik, aber auch sozialer Leistungen, wie auch in Managementstrategien. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit hat sich als inkorporierende Gewalt bewährt und etabliert.

Nicht die einzelnen Aspekte für sich genommen, sie alle gemeinsam mit Veränderungen in der Kulturindustrie (etwa Reality-shows, in denen MitarbeiterInnen der Ämter bei Kontrollen von Leistungsberechtigten begleitet werden) führen in eine schleichende Erweiterung der Akzeptanz von Gewalt im Sinne des Kontrollierens und punktuellen Intervenierens in allen Lebensbereichen. Die Universalisierung von Konkurrenz, Kontrolle und Inkorporation als Prinzipien der Gestaltung sozialer Beziehungen findet in den neueren außen- und militärpolitischen Strategien ihre Entsprechung. Dies bedeutet nicht unbedingt, dass der Krieg im allgemein verstandenen Sinne, als Massenmorden von Massenheeren, akzeptabler wird, sondern das scheinbar gezielte Zuschlagen, die scheinbar individuelle Bestrafung von TäterInnen etwa im »Kampf gegen den Terror« durch kleine, hochspezialisierte Eliteeinheiten bilden hier den Schnittpunkt. Terror oder Widerstand werden, wie auch das »Versagen« im Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze und entsprechende soziale Absicherung, ihres gesellschaftlichen Gehaltes entleert. Die sozialpolitische Philosophie des »Förderns und Forderns« und die Erweiterung der Spielräume neuer Arten militärischer Intervention erweisen sich nicht nur als parallele Erscheinungen, sondern als eng miteinander verwoben.

6. Die globale Gestaltung des Arbeitsmarktes

Dieses In-Konkurrenz-Setzen auf dem Arbeitsmarkt, die konkurrenzzentrierte Gestaltung des Weltmarktes sowie die verschiedenen Facetten der nationalen bzw. regionalen gesellschaftspolitischen Standortsicherungsstrategien spiegeln sich schließlich konzentriert im Umgang mit der Migrationsfrage wider (siehe dazu auch den folgenden Abschnitt). Für den hier zu behandelnden Aspekt ist vor allem hervorzuheben, auf welche Weise sich die Migrationsfrage in die Entwicklung der Konkurrenzbeziehungen auf dem Arbeitsmarkt einordnet. Die gegenwärtige Migrationspolitik ist in besonderer Weise mit dem Widerspruch konfrontiert, dass Globalisierung mit unbedingter Mobilität der Arbeitskraft verbunden wird, die Produktion und die Reproduktion von Arbeitskraft aber immer in regional bestimmten Räumen verläuft. Migration, hier als Bewegung von Arbeitskraft verstanden, stört aus dieser Sicht die regionale Umsetzung



der Globalisierungsforderungen in mehrfacher Hinsicht: die Inkorporation der »Anderen« ist schwieriger, es entstehen »andere« Ansprüche an die sozialen Sicherungssysteme, und es ist nicht vorhersehbar, ob denn tatsächlich die »richtigen« MigrantInnen, d.h. die im »richtigen« Alter und mit der »richtigen« Ausbildung, kommen. Auf ideologischer Ebene werden den »anderen« schließlich auch Sündenbock-Funktionen zugewiesen. Auf der anderen Seite wird Zuwanderung als Weg der Lösung demographischer Probleme und eines Fachkräftemangels präsentiert. Mit dem Asylbewerberleistungsgesetz und komplementär dazu den Schengen-Bestimmungen wurden nicht nur rechts-, sondern auch sozialpolitische Konstellationen geschaffen, die in wichtigen Punkten generell das Reformgeschehen der Folgejahre vorwegnahmen. Die Abschottung gegen unerwünschte Migration als ein Aspekt der neuen Militarisierung ist unter diesem Gesichtspunkt nicht in erster Linie ein Schutz des »Sozialraumes EU« (im Sinne der Erhaltung der »Besitzstände«), sondern vor allem Element der Formierung des Standortes nach innen; Sozialabbau darf nicht durch neue andersartige Anforderungen sozialer Sicherung, wie sie Migration zwangsläufig mit sich bringt, in Frage gestellt werden. Die (selektive) Abschottungspolitik hat aber in dem hier betrachteten Zusammenhang noch eine weitere Seite. Die stabilisierende Wirkung sozialer Sicherungssysteme bzw.

eines Mindestmaßes sozialer Absicherung wird heute kaum geleugnet, auch wenn die direkte und indirekte repressive Ausgestaltung dieser Systeme im Zentrum herrschender Strategien steht. Dazu gehört der Druck auf die Länder der »Dritten Welt«, mithilfe des »Empowerment« und der »good governance«, durch Verhinderung von Korruption, wirtschaftliche Förderung von Armen, Arbeitsschutz usw. ein stabilitätsförderndes soziales Netz zu schaffen. Diese Systeme haben aber oft nur wenig mit den in der EU existierenden Sicherungssystemen gemein. Empowerment heißt vor allem Umwandlung in UnternehmerInnen (und seien es auch MikrounternehmerInnen) mit einem entsprechenden Druck auf eine letztlich private Absicherung gegen Lebensrisiken, theoretisch fundiert durch wohlfahrtsökonomische Ansichten.

7. Die Aufhebung der Grenzen zwischen innen und außen, sozial und militärisch

Die verschiedenen Elemente dieser mit militärischen Komponenten unersetzten Gestaltungspolitik produzieren in ihrer Resultante Standortqualitäten, die in der EU oder auch in den anderen Ländern der »Ersten« Welt benutzt werden, um die öffentliche Daseinsvorsorge dort unter dem Banner der Standortsicherung weiter unter Druck zu setzen. Damit wird aber ein gefährlicher Kreislauf vorangetrieben:

Druck nach innen – Abschottung – Legitimierung des Drucks auf die »anderen«, der wiederum die Spielräume des Drucks nach innen erweitert. Arbeitsmarktkonkurrenz und ihre Regulierung erhalten so eine globale Dimension. Insofern kann die Fixierung von ohnehin nicht einklagbaren sozialen Grundrechten im vorläufig gescheiterten EU-Verfassungsentwurf nicht gegen die erweiterten Möglichkeiten der Militarisierung von Politik abgewogen werden – die erweiterten Möglichkeiten der Gestaltung globaler Beziehungen durch Intervention lassen die Fixierung sozialer Rechte ins Leere laufen.

Die Einheit von sozialen und antimilitaristischen bzw. Friedensbewegungen im lokalen wie globalen Rahmen erhält in diesem Licht neue Bedeutung und Brisanz. Die Grenzen zwischen »innen« und »außen« verschwimmen nicht nur vordergründig

mit weltweitem Handel, internationaler Arbeitsteilung, global agierenden Konzernen, Internet und global zugänglichen Massenmedien. Kämpfe um Entmilitarisierung und gegen Sozialabbau werden strategisch nur dann erfolgreich sein können, wenn sie gemeinsam und global geführt werden.

Anmerkungen

¹ Zetkin, Clara: Der Kampf der kommunistischen Parteien gegen Kriegsgefahr und Krieg. In: Dies., Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, Leipzig 1974, S. 274f.

² Bericht der Zukunftskommission Bayern/Sachsen. Teil III, Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.

³ Piven, Frances Fox: The war at home. The domestic costs of Bush's militarism, New York 2004, S. 13.

⁴ Ebd., S. 2f.

⁵ Ebd., S. 3.

Der Beitrag erschien in Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hrsg.), Welt-Macht EUropa, Auf dem Weg in weltweite Kriege, VSA-Verlag Hamburg 2006 (S. 292-300).

Lutz Brangsch ist Wirtschaftswissenschaftler und Bereichsleiter für Politische Bildung bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.



**Informationsstelle
Militarisierung e.V.**

Diese Studie entstand im Rahmen des Projektes „Nein zu dieser EU-Verfassung! Ja zu fairer Entwicklungskooperation!“, das vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) großzügig unterstützt wird. Weitere Texte des Projektes finden sich unter www.imi-online.de/EU-Projekt/

Wir fordern:
**Soziale Sicherheit statt
militärische Großmachtpolitik!**